

## Antrag: Einführung eines Jobsucher-Tickets

### Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung der Stadt Köln wird beauftragt, dem Rat der Stadt Köln eine schriftliche Vorlage für die Einführung eines „Jobsucher-Tickets“ für Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (ALG II nach Hartz IV) vorzulegen. Dazu sollen u.a. Gespräche und Verhandlungen mit der KVB, dem VRS und der Agentur für Arbeit bzw. ARGE geführt werden, mit dem Ziel, einen möglichst kostengünstigen Vorschlag für alle Beteiligten zu entwickeln.
2. Der Rat der Stadt Köln fordert die ARGE auf, bei Verträgen mit Maßnahmenträgern von Integrationsjobs eine Kostenübernahme des Jobsucher-Tickets durch die Träger zu vereinbaren.

### Begründung:

Um die Mobilität auch für die Bezieherinnen und Bezieher von SGB II zu verbessern, müssen besondere Anstrengungen entwickelt werden. Im ALG II der SGB II-Bezieherinnen und Bezieher ist eine generelle monatliche Bedarfspauschale von höchstens 20,70 Euro für Fernverkehr/ÖPNV/Fahrrad/Mobilität berücksichtigt.

Unter den SGB II-Bezieherinnen und Bezieher besteht ein sehr großes Interesse, einen Teil dieses Betrages auch effektiv für die Benutzung des Öffentlichen Nahverkehrs bzw. der KVB einzusetzen.

Da die Stadt Köln an der ARGE beteiligt ist, sieht der Rat der Stadt Köln hier eine besondere Fürsorgepflicht, den SGB II-Bezieherinnen und Bezieher ein Ticket analog dem Job-Ticket zu ermöglichen.

Für die Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII (frühere Sozialhilfe) gibt es das Mobilitätsticket. Um die SGB II- und XII-Bezieherinnen und Bezieher möglichst gleich zu behandeln, wird ein kostengünstiges Jobsucher-Ticket entwickelt. Da auch für andere Gruppen mit wenig Einkommen, wie Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten „Ticket-Lösungen“ bestehen, ist die Einführung eines Jobsucher-Tickets unumgänglich.

Maßnahmenträger von 1-Euro-Jobs werden zur Finanzierung eines Jobsucher-Tickets herangezogen. Einige Wohlfahrtsverbände ermöglichen ihren Beschäftigten seit Jahren ein Job-Ticket. Eine Schlechterstellung der 1-Euro-Jobber wäre nicht nachvollziehbar. Ein Jobsucher-Ticket ist für die KVB, die ARGE, aber auch für den Kölner Einzelhandel von Vorteil. Durch eine verbesserte Mobilität würde sich die Situation der ALG II-Bezieherinnen und -Bezieher verbessern.

**Gemeinsamer Antrag der PDS Offenen Liste und Gemeinsam gegen den Sozialraub (GgS)**

## Jobticket für alle Jobsucher

Wer auf Arbeitssuche ist, muß mobil sein, rasch erreichbar und einsatzbereit. Das klingt gut und hört sich einleuchtend an. Was aber, wenn diese Mobilität nur auf Kosten des Lebensunterhalts erreicht werden kann, wenn die Entscheidung zwischen einem einfachen Mittagessen oder einer möglicherweise vergeblichen Bewerbungsfahrt gefällt werden muß?

Solche Überlegungen führten im Dezember 2004 zu einem Antrag der PDS Offene Liste, das Mobilitätsticket weiterzuführen und auf alle ALG II-Bezieherinnen und -Bezieher auszudehnen.

Der dann von der Ratsmehrheit gefasste Beschluß, den Bezieherkreis sogar noch weiter einzuschränken, führte nach zahlreichen Diskussionen mit verschiedenen Initiativen, Verbänden und Vereinen zu dem jetzt vorliegenden – zusammen mit „Gemeinsam gegen Sozialraub“ gestellten - Antrag auf ein „Jobsucher-

Ticket“ unter finanzieller Beteiligung der Maßnahmenträger. Auch jetzt schon ermöglichen einige Wohlfahrtsverbände ihren Beschäftigten ein Job-Ticket. Es gibt Schüler- und Auszubildenden-Tickets. Alle diese Tarife sind keine Gnadenakte, sondern auch aus wohlverstandener Interesse von Stadt, Arbeitgebern und KVB entstanden. Da wäre ein „Jobsucher-Ticket“ nur folgerichtig. Darüber hinaus hätte eine solche Lösung Vorteile für alle Beteiligten: die Jobsucher wären mobil, die ARGE spart Fahrtkosten für Bewerbungsfahrten ein, die KVB verdient an den Tickets und höherem Fahrgastaufkommen. Schließlich spart die Stadt eine Menge Kosten dadurch, dass „nur“ noch 11 000 Sozialhilfebezieher (von mehr als 40 000) von ihr versorgt werden müssen. Es wäre nur gerecht, einen Teil davon den ALG II-Jobsuchern zukommen zu lassen.

M.K./hum

## Staatsbürgerschaft ade! → Seite 4

**Haben Sie ab dem 1. Januar 2000 die türkische Staatsangehörigkeit angenommen, ohne zuvor eine Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit erhalten zu haben?**

**1 Ocak 2000'den itibaren Alman vatandaşlığına girmeniz, bunun yanı sıra mülkiyetinizi Türk vatandaşlığına geçtiniz mi?**

Ja (Evet)

Nein (Hayır)

.....  
(Ort, Datum)  
(Yer, tarih)

.....  
(Unterschrift)  
(İmza)

Zur Erteilung dieser Auskunft sind Sie nach dem Meldegesetz rechtlich verpflichtet. Die Erfüllung dieser Pflicht kann erforderlichenfalls mittels Zwangsgeld durchgesetzt werden.

Bei Zweifeln wenden Sie sich bitte unverzüglich an die zuständige Ausländer- oder Einbürgerungsbehörde. Diese wird Ihnen auch den schnellsten Weg zeigen, wie Sie die deutsche Staatsangehörigkeit wieder erwerben können. Ehemaligen Deutschen kann unter erleichterten Voraussetzungen eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis erteilt werden.

# Gesellschaft von unten verändern!

Über 180 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der PDS und linker Listen aus Ost- und Westdeutschland diskutierten am Wochenende in Köln kommunalpolitische Leitlinien und tauschten sich über linke Politikperspektiven in den Kommunen aus. Die Kölner Stadträtin Özlem Demirel und der Fraktionsvorsitzende der Duisburger PDS-OL-Fraktion Hermann Dierkes begrüßten die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer mit einer kämpferischen Einstimmung auf den anstehenden Wahlkampf.

Gegenstand vieler Diskussionen auf der Konferenz war die Umsetzung von Hartz IV in den Kommunen. Der Parteivorsitzende der PDS Lothar Bisky stellte fest: „Wir konnten dieses Gesetz nicht verhindern. Jetzt sind wir gefordert, für Betroffene das Mögliche rauszuholen und ihre Verhandlungsmacht zu stärken.“



Der Erfahrungsaustausch ergab viele Parallelen in den Forderungen der PDS-Kommunalpolitiker in Ost- und Westdeutschland, wenn auch im Osten die Mehrheitsverhältnisse vielerorts weitaus günstiger für die Umsetzung sind. Schwerpunkte sind z.B. die Erhöhung der Mietobergrenzen für ALG-II-Beziehende und die Vermeidung von Zwangsumzügen. Bei der Vermittlung von 1-Euro-Jobs soll auf jeglichen Zwang verzichtet werden und kommunale Beiräte und Beschwerdestellen für ALG-II- und Sozialhilfebeziehende sollen eingerichtet werden. Dagmar Enkelmann, stellvertretende Parteivorsitzende der PDS, und Bernd Schneider, Mitarbeiter der PDS im Europaparlament mahnten, in der Diskussion um die EU-Richtlinie zur Schaffung eines europäischen Binnenmarkts für Dienstleistungen keine Entwarnung zu geben. Das umstrittene Bolkestein-Papier bleibt Grundlage der Debatte im Europäischen Parlament. Die Rücknahme des Papiers bleibt eine noch unerfüllte und zugleich notwendige



Forderung, wenn verhindert werden soll, dass die öffentlichen sowie kleine und mittlere private Dienstleister und mit ihnen unzählige Arbeitsplätze massiv unter Druck geraten.

Die PDS will die „Gesellschaft von unten verändern“ - so das Motto ihrer kommunalpolitischen Konferenz. Auf den ersten Blick ein scheinbarer Widerspruch, wie Dagmar Enkelmann zur Eröffnung der Konferenz anmerkte. Sie wies auf immer enger werdende Handlungs- und Entscheidungsspielräume und eingeschränkte Kompetenzen der Kommunen hin. Trotzdem will die PDS gerade auf kommunaler Ebene neue Politikwege gehen. Deshalb erklärte sich die Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Lichtenberg, wo die PDS die Bezirksbürgermeisterin und die Ratsmehrheit stellt, bereit, im Zuge eines Modellversuchs die bundesweit ersten ganz konkreten Schritte in Richtung Beteiligungshaushalt zu gehen. Ein Experiment, das mit viel Arbeit verbunden ist, aber auch, wie in dem Workshop zum Thema deutlich wurde, Hoffnungen weckt, durch mehr Transparenz kommunalpolitischer Entscheidungen und konkreter Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung der viel beschworenen „Politikverdrossenheit“ entgegenzuwirken. „Wir wollen uns nicht damit zufrieden geben, dass Kommunalpolitik FÜR die Menschen gemacht wird, sondern sie muss MIT den Menschen und DURCH die Menschen gemacht werden,“ sagte Bisky in seiner abschließenden Rede.

Demokratisierung von unten, mehr demokratische Teilhabe: Dieser An-

spruch zieht sich als Leitfaden durch die kommunalpolitischen Leitlinien der PDS. Und die verbindet sich mit dem politischen Anspruch auf mehr soziale Gerechtigkeit, ohne die Teilhabe nicht verwirklicht werden kann.

Die PDS stellt in diesem Zusammenhang klar: Daseinsvorsorge darf nicht als Kostenfaktor betrachtet werden. Sie stellt höchste Anforderungen an Qualität und Nachhaltigkeit. Das muss Vorrang haben vor kurzfristiger Sparpolitik. Demokratische und soziale Kommunen setzen eine entsprechende finanzielle Ausstattung voraus. Die PDS fordert deshalb eine

verfassungsmäßige Verankerung des Konnexitätsprinzips, eine Gewerbesteuerreform, die die Einnahmen der Kommunen verstetigt, und größere Anteile der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern.

In zahlreichen Workshops und Arbeitskreisen hatten die Konferenzteilnehmer Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und Kontakte zu knüpfen. Selbstverständlich reichte die Zeit nicht für wirklich gründliche Diskussionen, viele Fragen konnten nur angerissen und einzelne Lösungsansätze der Probleme aufgrund der überaus unterschiedlichen Ausgangslagen der einzelnen Kommunen allenfalls als Denkanstöße gelten. Dennoch war die Konferenz eine gute Vorbereitung auf den kommunalpolitischen Parteitag der PDS im Herbst. Hauptziel bleibt bei allen Forderungen, politische Handlungsspielräume in den Kommunen wieder herzustellen und zu erweitern.

**Nicht minder spannend als die politischen Einschätzungen von Lothar Bisky und Dagmar Enkelmann: die Lesung von Eva Weissweiler aus ihrem Roman „Tussy Marx“**



### ■ Ehrenfeld

#### Bunker Körnerstraße bleibt für Kultur

Nach langem Tauziehen ist jetzt endlich wieder grünes Licht für Kulturveranstaltungen im Bunker Körnerstraße gegeben. Die Feuerwehr steht einer teilweisen Nutzung durch Kulturgruppen und -initiativen für Ausstellungen, Lesungen u.a. nicht mehr im Wege. In den letzten zwei Jahren hatte es Unstimmigkeiten über die Nutzung gegeben. Die Feuerwehr beanspruchte den größten Teil des Gebäudes als Lagerraum für „Katastrophenbetten“ und bemängelte im übrigen den Brandschutz.

hum

### ■ Ehrenfeld

#### Immer noch Bauschutt an der Bahntrasse

Auch mehr als ein Jahr nach der Fertigstellung der S-Bahntrasse nach Düren ist an der Kreuzung Subbelratherstraße, Liebig- und Stammstraße noch kein Ende der Baustelle in Sicht. In ihrer jüngsten Sitzung mussten sich die BezirksvertreterInnen in einer Aktuellen Stunde von „Bahn-Experten“ belehren lassen, dass sich nun Probleme im Kreuzungsbereich ergeben hätten. Unter anderem müssten die Haltestelle der Linie 5 verlegt und Ampeln versetzt werden. Die BezirksvertreterInnen vermochten allerdings nicht einzusehen, warum diese Probleme erst jetzt und nicht schon bei Planungsbeginn gesehen wurden. Eine schlüssige Antwort erhielten sie nicht. Und so werden sie wohl noch längere Zeit auf alle Beschwerden aus der Bevölkerung mit den Achseln zucken müssen.

hum

### ■ Nippes

#### Ateliers auf dem Clouth-Gelände

Einen erneuten Vorstoß für eine Lösung des Problems der Ateliers bei der Neubebauung des Clouth-Geländes machte die Bezirksvertretung mit einem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und PDS-Offene Liste. Darin setzen sie sich für eine Einbeziehung der noch vorhandenen KünstlerInnen in die weiteren Planungen ein. Die Verwaltung wird aufgefordert, „die finanziellen Auswirkungen zu verifizieren“ und sich „um vertretbare Zwischenlösungen für die Zeit nach den Kündigungen der KünstlerInnen zu bemühen.“

M.W.

### ■ Kalk

#### Ehrung für Antifaschisten

Zu einem Skandal kam es in der April-Sitzung der Bezirksvertretung Kalk. Sechs der sieben CDU-Vertreter stimmten zusammen mit dem Vertreter von pro Köln und dem der NPD gegen eine Verwaltungsvorlage, zwei Planstraßen in Brück nach Opfern des Hitler-Faschismus zu benennen. Zum 60. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai sollte diese Benennung ein deutliches Zeichen dafür setzen, dass die Kalker Bezirksvertreter den Faschismus entschieden zurückweisen.

Die Verwaltung hatte sich für die Benennung der Straßen einen Vorschlag der Werkstatt für Ortsgeschichte Köln-Brück e.V. zu eigen gemacht und der Bezirksvertretung vorgeschlagen. Peter Hagen wurde wegen seiner politischen Überzeugung (er war Sozialdemokrat) im Jahre 1944 verhaftet und ins KZ Buchenwald deportiert. Hier wurde er im Dezember 1944 von den Nazis ermordet.

Otto Unger galt nach den NS-Rassengesetzen, obwohl er evangelisch getauft war, als Jude. Er konnte im letzten Augenblick dem Abtransport ins KZ entkommen und sich bis Kriegsende verstecken. Nach der Befreiung engagierte er sich stark für den antifaschistischen Kampf. Er starb im Jahre 1984.

Die CDU versuchte, mit einem Änderungsantrag den Namen Peter Hagen aus dem Verwaltungsvorschlag zu bringen. Nach der anschließenden Debatte entschied sich die Mehrheit der Bezirksvertreter unter Einschluß eines einzigen CDU-Mannes für die Verwaltungsvorlage.

Özgür Demirel/Red.

#### Ratsgruppe für Bühnensanierung

Rund 250 Beschäftigte aus Schauspiel und Oper versammelten sich am 11.4.2005 auf

einer außerordentlichen Personalversammlung im Bühnenhaus, um mit Verwaltung und Politik die Zukunft der Städtischen Bühnen zu diskutieren. Dabei sprach sich der Sprecher der PDS-Offene Liste, Jörg Detjen, eindeutig für eine Vollsanierung des Riphahn-Gebäudes und den Erhalt des Schauspielhauses aus.

Mit der Modernisierung dürften, so Detjen weiter, keine Arbeitsplätze für Technik und Verwaltung wegrationalisiert werden.

Das Opernhaus am Offenbachplatz wird nun doch nicht abgerissen, sondern saniert. Die Idee, den Riphahn-Bau aus den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts platt zu machen, kam nicht etwa von Architektur-Kritikern, die den Gebäudekomplex seit eh und je als „Grabmal des unbekanntes Intendanten“ schmähten, sondern vom Kämmerer. Peter Michael Soënius fand, dass aus einem so großen Areal in so zentraler Lage doch mehr herauszuholen sein müßte als Kunstgenuß. Er wollte das Grundstück verkaufen. Jetzt beugt er sich dem Votum der Stadtspitze – OB Schramma: „Kultur gehört ins Herz der Stadt“ – und vor allem dem Wunsch vieler Architekten, Kulturschaffenden und Bürger, die für eine Sanierung der alten Spielstätten für Oper, Tanz und Sprechtheater mit Eingaben und Unterschriften plädierten.

Die vorgelichen Alternativen einer „Rheinoper“ in Deutz oder eines Neubaus am Breslauer Platz konnten ohnehin nur als Potemkinsche Dörfer verstanden werden – wenn schon über die Finanzierung der Sanierungskosten von 135 Millionen Euro Unklarheit herrscht. Der Sanierungsplan widerspricht nicht einer Belegung des Platzes durch erweiterte Gastronomie oder Geschäfte, im Gegenteil, sie könnte nur begrüßt werden, ebenso eine bessere Einbeziehung der Opern/Schauspielhaus-Gebäude in die umgebenden Straßen durch Verkehrsberuhigung und Neugestaltung von Plätzen.

Der Plan, die Sanierungskosten durch „PPP – Public Private Partnership“-Abkommen aufzubringen, ist dagegen nicht als Finanzierungslösung zu akzeptieren. Die Gebäude sollen auf 20 Jahre an einen Investor übertragen und für diese Zeit von den Bühnen zurückgemietet werden. Anschließend erhält der Investor eine festgelegte Entschädigung. Die Risiken einer solchen Vereinbarung haben sich bei dem vorgesehenen PPP-Deal zur Sanierung von Schulen bereits vor Beginn des Vertrags gezeigt. Der erste

Investor ist abgesprungen, jetzt ist Ersatz gefunden worden, nur – zu welchen Bedingungen? In jedem Fall ist eine starke

öffentliche Kontrolle eventueller Vertragsverhandlungen und -abschlüsse erforderlich, damit nicht am Ende finanzieller und kultureller Katzenjammer folgt. Denn, das zeigen bisherige Erfahrungen mit PPP-Modellen, eine Finanzierung auch vermeintlich teurer Maßnahmen durch die öffentliche Hand ist auf lange Sicht allemal günstiger als die Folgekosten privater Investitionen wie Sanierungsmängel und Qualitätsverluste.

Helga Humbach



# Staatsbürgerschaft ade!

Während Politik und Regierung viel über die Notwendigkeit von Integration und Einbürgerung von Menschen mit Migrationshintergrund debattieren, stehen mehrere Tausend Neuzugewanderte (vor allem Menschen aus der Türkei und der ehemaligen Sowjetunion) vor dem Dilemma, ihre deutsche Staatsbürgerschaft zu verlieren. Grund hierfür ist die Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes (Anfang 2000), das Personen mit dem Erwerb einer weiteren Staatsbürgerschaft automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit aberkennt. Nach Angaben der türkischen Behörden haben ca. 50.000 Personen „unter der Hand“ – in mehreren Fällen auch durch die Empfehlung der Botschaften – ihren sog. Herkunftspass beibehalten. Ihnen teilen die Ausländerbehörden jetzt mit, dass sie keine Deutsche mehr sind. Die Betroffenen müssen juristisch gesehen einen neuen Aufenthaltsstatus beantragen und das gesamte Einbürgerungsverfahren – falls es aus ihrer jetzigen Situation heraus möglich ist – noch einmal starten. Hinzu kommt, dass die rot-grüne Landesregierung nun alle nach 2000 eingebürgerten Migranten ehemals türkischer Herkunft durch eine schriftliche Erklärung verpflichtet, anzugeben, ob sie nach Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit auch die türkische beantragt und erhalten haben. Nicht zuletzt auch durch die Ausländerbehörde der Stadt Köln.

Dieser Umgang ist zweifelsohne kontraproduktiv für die Integrationspolitik in diesem Lande. Zumal dadurch eine Diffamierungskampagne gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund begonnen wird, der Betroffene zu Tätern stigmatisiert und neue Ausgrenzungsmechanismen in Bewegung setzt. Dies kommt ohne weiteres auch rechtspopulistischen Ressentiments zugute, denen wir entgegentreten müssen.

Anlass genug für die PDS Offene Liste im Rat der Stadt Köln, aktiv zu werden und kommunale Handlungsansätze zu entwickeln. Mit juristischer sowie politischer Begleitung wurde über dieses Thema disku-

tiert. Außerdem wurde ein Antrag in den AVR eingebracht, in dem eine unabhängige Beratungsstelle zur Bearbeitung sowie Begleitung der vorliegenden Fälle gefordert wurde. Obwohl SPD und Grüne im Vorfeld signalisiert hatten, diesen Antrag zu unterstützen, lehnten sie ihn im Ausschuss ab. Begründung hierfür ist, dass es schon Migrationserstberatungsstellen gibt, die sich angeblich mit diesem Thema beschäftigen würden. Gerade hier liegt ein Informationsdefizit vor! Selbstverständlich gibt es in Köln Migrationserstberatungsstellen, die von den Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände betreut werden, doch diese Einrichtungen richten sich in erster Linie an die Bedürfnisse der Neuzuwanderer und nicht an die der eingebürgerten Personen, die ihre Staatsbürgerschaft verloren haben. Daher ist es sehr fatal, davon auszugehen, dass diese Beratungsstellen alle möglichen Beratungsbedarfe ersetzen können.

Auch in einer von der PDS Offenen Liste eingeladenen Pressekonferenz im Rathaus der Stadt Köln haben Ratscherr Jörg Detjen (PDS/OL), Hüseyin Avgan (Vorsitzender der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine DIDF) und Rechtsanwalt Hans-Werner Odendahl eine Lösung des Problems gefordert.

Die PDS Offene Liste im Kölner Stadtrat hatte in diesem Zusammenhang alle Betroffenen aufgefordert „Widerspruch“ einzulegen, insbesondere diejenigen, die keine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen.

Fakt ist, dass eine Diffamierungspolitik das Zusammenleben und den interkulturellen Dialog hemmt. Hinzu kommt, dass viele Menschen, die ihre Staatsbürgerschaft verloren haben, frustriert sind und nicht mehr eingebürgert werden wollen. Auch das ist kontraproduktiv für die Integration in diesem Lande. Nicht zuletzt ist diese kontraproduktive Diskussion auch ein Ergebnis der weiteren Existenz des Blutprinzips im Grundgesetz Deutschlands.

*Kemal Bozay*

## Wohnungsbauforum dringend erforderlich

Nachdem die Verwaltung im vergangenen Jahr, erstmals seit vielen Jahren, keinen Wohnungsbericht vorgelegt hatte, kommt der neue, gerade vorliegende Wohnungsbericht 2003/2004 zu der überraschenden Feststellung, dass der Wohnungsgesamtplan 2015 „kaum zu erreichen“ ist. Der Sprecher der PDS Offenen Liste, Gruppe im Rat der Stadt Köln, Jörg Detjen hält die Skepsis der Verwaltung zwar für berechtigt. Allerdings handele es sich bei den bis 2015 zu bauenden 57.000 Wohnungen nicht um Wunschvorstellungen, sondern um einen Ratsbeschluss. Handlungsbedarf ist somit dringend gegeben. Auch das Wohnungsbauforum mit der Kölner Wohnungswirtschaft sei längst überfällig.

Der Wohnungsbericht weist auf drei große Probleme hin: das „stagnierende Realeinkommen“, die „ständig sinkende Zahl an Sozialwohnungen“ und der „Rückgang der geförderten Mietwohnungen“. Dazu Detjen: „Es ist ein Unding, dass sich Köln aus der Förderung ganz zurückgezogen hat. Zumindest sollte die Verwaltung mittels des Wohnungsgesamtplanes preiswerte Grundstücke für günstige Mietwohnungen anbieten. Eine enge Kooperation und gemeinsame Konzepte mit den Kölner Wohnungsbaugenossen-schaften müssen gesucht werden.“

Die langjährige Forderung der PDS nach Erbpachtregelungen hat sogar Einzug in die Koalitionsvereinbarung von SPD/CDU gefunden. Frühere Wohnungsberichte enthielten immer Hinweise, wie viele Wohnungen in Köln fehlen. Im Bericht 2002 wurden noch 13.300 fehlende Wohnungen genannt. Solche Zahlen fehlen jetzt völlig. Es ist aber davon auszugehen, dass derzeit um die 15.000 Wohnungen fehlen, weil der Wohnungsmarkt noch angespannter ist als in den vergangenen Jahren und weil 50% aller Kölner Wohnungen aus den 50er Jahren stammen, somit der Sanierungsbedarf sehr groß ist.

*Jörg Detjen*

**Bitte kostenlos schicken**

**Platzjabbeck**  
Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuenburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

- Ich möchte den Platzjabbeck zugeschickt bekommen  
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ

Ort

An die PDS-Offene Liste  
im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3  
Postfach 103 564  
50475 Köln